

RUNDBRIEF

**Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Ronnenberg**

Ausgabe 3/2007



Interview mit Anja Möhring – unserer Direktkandidatin für die Landtagswahl 2008

Elke Wahlen

**Guten Tag Frau Möhring.
Beginnen wir doch unser Gespräch mit einer kurzen Beschreibung ihrer Person.**

Anja Möhring

Gut. Ich bin 38 Jahre alt, verheiratet und habe keine Kinder. Ich bin sehr tierbegeistert, wir haben einen jungen Hund, zwei Katzen und ich habe noch eine Reitbeteiligung. Wenn ich Zeit habe, koche ich sehr gerne. Zwischendurch versuche ich auch mal ein Buch zu lesen. Das kommt aber aufgrund all der anderen Aktivitäten häufig zu kurz.

Elke Wahlen

Frau Möhring, wie sind Sie zur Politik gekommen?

Anja Möhring

Ja eigentlich durch den Job bedingt. Ich habe mich hier auf die Stelle der 1. Stadträtin beworben, eigentlich eine reine Verwaltungstätigkeit. Durch die Arbeit habe ich dann Politik direkt vor Ort kennen gelernt, insbesondere Kommunalpolitik. Ich bin beratendes Mitglied im Rat und auch in den Fachausschüssen und erlebe dabei hautnah wie Politik funktioniert. Ich war anfangs schnell

Anja Möhring, 1. Stadträtin der Stadt Hemmingen (seit 2001), Direktkandidatin der Grünen im Wahlkreis Springe/Hemmingen/Wennigsen/Ronnenberg für die Landtagswahl 2008

sehr desillusioniert, habe dann aber gesehen, dass zumindest hier in Hemmingen die Grünen eine sehr gute Kommunalpolitik machen; sachlich, wenig ideologisch, sondern wirklich pragmatisch am Bürger orientiert.

Ich habe sowieso immer Grün gewählt und habe mir dann gesagt, immer nur motzen und immer nur jammern ist auch blöd; jetzt nutze die Kontakte, werde politisch aktiv und trete in die Partei ein.

Elke Wahlen

Welches Thema liegt Ihnen besonders am Herzen?

Anja Möhring

Bildungspolitik

Elke Wahlen

Warum?

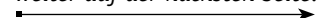
Anja Möhring

Das hat auch was mit meiner persönlichen Geschichte zu tun. Wenn ich mir heute so die Pisa-Studien anschau, dann sagen die mir, es ist schichtenspezifisch, ob man heutzutage gute Bildungschancen hat oder nicht. Das habe ich selber auch erlebt.

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie und hatte es auf dem Gymnasium sehr, sehr schwer, immer im Vergleich mit Anwalts- oder Arztkindern. Die hatten häufig schon eine ganz andere Freizeitgestaltung als ich. Die haben Tennis gespielt, haben Reiten oder Klavier spielen gelernt. Und dadurch, dass sie z. B. ein Instrument erlernen konnten, waren sie gleich im Musikunterricht mir weit voraus. Ein Instrument zu erlernen ging bei uns zu Hause jedoch schon aus finanziellen Gründen nicht. Ich hatte häufig das Gefühl, dass ich mehr leisten musste, mehr arbeiten musste, um auf den gleichen Stand zu kommen.

Nun hab ich es geschafft. Ich hab dies auch meinen Eltern zu verdanken, denen Bildung wichtig war. Sie haben persönlich sehr dafür zurück gesteckt, um mir und meiner Schwester das Abitur, bzw. mir auch noch das Studium zu ermöglichen. Wenn ich mir das heute betrachte, habe ich den Eindruck, dass das alles eher noch schlimmer geworden ist.

Weiter auf der nächsten Seite!





Und wenn heute jemand von der Uno kommt und unser Bildungssystem untersucht und sagt, das System verstößt gegen Menschenrechte, da schäme ich mich in Grund und Boden. Und was die CDU/FDP hier in Niedersachsen gemacht hat, mit dem noch weiter ausgebauten dreigliedrigen Schulsystem, nach der vierten Klasse sich schon zu entscheiden, ich finde das ist eine solche Katastrophe. Wir verschwenden Potential.

Wir klagen über Facharbeitermangel, wir klagen über Fachkräftemangel und gleichzeitig wird eine Schicht, Migrantenkinder insbesondere, von vornherein ausgeschlossen. Ihnen werden nicht die Möglichkeiten gegeben, Ihr Potential wirklich zu entwickeln. Und dabei könnten das unsere Facharbeiter und Fachkräfte von morgen sein. Ich finde das alles ganz gruselig. Daran krankt unsere ganze Gesellschaft.

Elke Wahlen

Wenn Sie in den Landtag gewählt werden, was wäre ihr erstes Ziel, ihre erste Handlung?

Anja Möhring

Sicherlich so, wie es auch im Parteiprogramm steht, die Umstrukturierung des Schulsystems. Die einheitliche Beschulung bis zur neunten, vielleicht auch bis zur zehnten Klasse. Gepaart mit einem guten Förderunterricht, so dass man diese Chancenungleichheit möglichst ausgleicht. Ich finde wichtig, die Ganztagschulen auszubauen. So hat man den zeitlichen Raum auch individuell zu fördern, und zwar sowohl die Schwächeren als auch die Hochbegabten, denn die kommen auch häufig zu kurz, bzw. ihre Hochbegabung wird nicht erkannt. Mir ist eine individuelle Förderung jedes Schülers, jeder Schülerin sehr wichtig. Nur so können wir das Bestmögliche aus Ihnen herausholen und Ihnen wirkliche Zukunftschancen geben.

Elke Wahlen

Glauben Sie, dass der aktuelle bildungspolitische Haushalt in Niedersachsen das hergibt?

Anja Möhring

Nein.

Aber das ist eine ganz wichtige Frage.

Wie möchte ich bestimmte Dinge finanzieren?

Ich bin keine Finanzexpertin, das muss ich ehrlich sagen. Aber ich glaube, man muss Prioritäten setzen. Ich muss mir den Gesamthaushalt angucken und mich fragen, was ist mir wichtig. Und in diese Projekte muss dann Geld gesteckt werden, vielleicht auch auf Kosten anderer Projekte. Aber man kann nicht mehr mit der Gießkanne hier mal etwas kürzen, dort mal etwas zubuttern, sondern man muss sich wirklich überlegen was wichtig ist.

Elke Wahlen

Welche Themen würden Sie demzufolge als Landtagsabgeordnete nachrangig behandeln?

Anja Möhring

Hm. Gute Frage. Sicherlich den weiteren Ausbau von Verkehrswegen, also Ortsumgehungen oder landspezifisch den weiteren Ausbau von Autobahnen. Das würde ich sicherlich als nachrangig ansehen. Ortsumgehungen werden z.B. sehr stark gefordert. Ich denke das würde auch ohne gehen wenn man z.B. den Individualverkehr etwas einschränken würde.

Elke Wahlen

Was ist mit den vorhandenen Straßen? Löcher und Unebenheiten in der Straßendecke – für viele Autofahrer ist das doch ein Reizthema. Würden Sie auch hier zugunsten der Bildungspolitik sparen?

Anja Möhring

Ja. Da muss man immer gucken was ist Anspruchsdenken, was ist wirklich kaputt. Jedoch Bestandswahrung, also rechtzeitiges Instandhalten ist immer günstiger als es erst verrotten zu lassen und hinterher komplett neu zu machen.

Das gilt für Straßen genau so wie für Gebäude, hinreichend bauliche Erhaltung spart später immens hohe Sanierungskosten. Da muss man einfach abwägen. Man darf aber auch nicht den kleinsten Huckel zum Anlass nehmen gleich alles komplett neu zu machen. Da müssen glaube ich, die Bürger und Bürgerinnen auch etwas erzogen werden.

Elke Wahlen

Und das würden Sie auch vertreten?

Anja Möhring

Das vertrete ich sogar schon in der einen oder anderen Angelegenheit. Das ist ein schwieriges Feld. Das was einem lieb und teuer geworden ist, keiner möchte da zurückstecken. Hemmingen ist in der glücklichen Situation, dass es uns finanziell relativ gut geht. Wir sind nicht so sehr an der Kante wie andere Kommunen. Aber wenn man das Thema freiwillige Leistungen anspricht, wir sind in Hemmingen gerade in der Diskussion, ob wir uns das Hallenbad noch leisten können oder nicht, dann wird das irgendwo schmerzhaft und dann eventuell vertreten zu müssen, man wird es nicht mehr haben, dann sind dann zumindest die Nutzer sehr angegriffen.

Den Standard runterzuschrauben ist immer sehr, sehr schwierig.

Elke Wahlen

Sie kandidieren für den Landtag.

Ihre Arbeit dort wird sicher eine noch höhere Arbeitsbelastung mit sich bringen als ihre jetzige Tätigkeit. Wie wollen Sie dieses ‚noch mehr‘ mit ihren privaten Ansprüchen in Einklang bringen?

Anja Möhring

Das ist einfach eine Frage von Organisation. Das habe ich jetzt schon gemerkt. Wichtig ist, dass der Partner mitzieht. Zum Glück habe ich einen Partner, der mir sehr viel Freiraum lässt. Und ich habe bislang die Erfahrung gemacht, wenn man alles gut durchplant und diszipliniert ist, dann bekommt man das auch alles unter einen Hut.

Elke Wahlen

Frau Möhring, sie machen ja jetzt schon in Hemmingen politische Arbeit. Warum kandidieren Sie für den Landtag?

Anja Möhring

Als Direktkandidatin bin ich nicht über Liste abgesichert. Die Wahrscheinlichkeit, dass ich in den Landtag gewählt werde, ist demzufolge nicht besonders hoch. Ich habe mich trotzdem für die Kandidatur entschieden, weil ich einfach grüne Politik vertreten möchte.



Hier geht es weiter: Interview mit Anja Möhring

Und weil ich mit dazu beitragen möchte, dass die schwarz-gelbe Regierung möglichst abgelöst wird. Ich habe ja im letzten Jahr in Seelze als Bürgermeisterin kandidiert und habe dort einen sehr intensiven Wahlkampf gemacht. Ich hab dabei festgestellt, dass mir das Spaß macht. Ich komme gerne mit Menschen auf der Straße ins Gespräch und habe dabei die Erfahrung gemacht, dass ich offensichtlich ganz gut wirke und als junge Frau auch angenommen werde. Die fühlen sich bei mir nicht so belästigt wie von anderen Politikern. Das Potential was ich da habe, würde ich gerne nutzen, um grüne Politik stärker nach vorne zu bringen.

Elke Wahlen

Frau Möhring vielen Dank für das Gespräch.

Wahlkampfauftakt der Grünen in Ronnenberg mit Klimaschutzaktion



Kontakt zum Grünen Ortsverband:

Vorstand:

- Regina Lupp,
Telefon 0511 433164
E-Mail: regina.lupp@htp-tel.de
- Verena Kuhn,
Telefon 0511 466863
E-Mail: d.albrecht@htp-tel.de

Fraktion

- Dieter Albrecht,
Telefon 0511 466863
E-Mail: d.albrecht@htp-tel.de
- Andreas Beichler,
Telefon 0511 461130
E-Mail: a.beichler@arcor.de

Internet:

www.gruene-ronnenberg.de

Mit grünen Weihnachtsmützen standen die Grünen in den Ortsteilen Benthe, Empelde und Ronnenberg und haben Infostände zum Klimaschutztag veranstaltet.

Die aktuelle »Klimazeitung« und fair gehandelte Schokoladenteilchen wurden passend zur Vorweihnachtszeit verteilt.

Die Aktion stand im Rahmen der bundesweiten Kampagne »Klimaschutz jetzt!« die zur UN-Weltklimakonferenz auf Bali vom 3.-14. Dezember stattfindet.

Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit Montag mit bundesweiten Aktionstagen eine Klimapolitik »Ohne Wenn und Aber« ein. Sie werben mit Partys für den Wechsel zu Ökostrom, überreichen Klimasündern die »Grüne Rute«, führen klimafreundliche Mobilität vor, demonstrieren gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke und verteilen die Grüne Klimazeitung auf Wochen- und Weihnachtsmärkten.

Jörg Rutzen, Vorstand Grüne Ronnenberg

<p>Ronnenberg Kaffee</p> <p>100 % Arabica</p> <p>250 g gemahlen oder als ganze Bohne in Bio-Qualität nach EU Öko-Verordnung, aus fairem Handel, exklusiv nur bei uns im Laden!</p>	<p>25 Jahre</p> <p>Ronnenberg Kirchtor 5</p> <p>➤ <u>Dritte Welt,</u> ➤ <u>Frieden und</u> ➤ <u>Ökologie e.V.</u></p> <p>Sonnenblume – Laden für</p> <p><u>Öffnungszeiten:</u> Montags bis Freitags von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr Mittwochs nur Vormittags</p>
--	--



Grüne stellen Antrag zum Modellprojekt »Brückenjahr«

Die Schwarz-Gelbe Landesregierung verharret auch weiterhin bei ihren schulpolitischen Positionen aus der Motenkiste. Dort aber wo Lichtblicke zu erkennen sind, sollten man nicht parteipolitische Zurückhaltung üben, sondern das Wenige beim »Schofpe packen«. Angesichts der Situation an der Grundchule in Empelde stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag, wonach sich die Stadt Ronnenberg und die Theodor-Heuss-Schule am Modellprojekt »Brückenjahr« zum 1. August 2009 beteiligen sollen. »Wir müssen jetzt endlich handeln und auf die Befürchtungen der Eltern eingehen. Dieses Projekt passt perfekt zu den örtlichen Gegebenheiten Empeldes«, so das grüne Ratsmitglied Andreas Beichler.

Das Niedersächsische Kultusministerium unterstützt im Rahmen des Programms »Das letzte Kindergartenjahr als Brückenjahr zur Grundschule« landesweit etwa

500 Modellprojekte mit einer Laufzeit von jeweils 2 Jahren durch die Finanzierung zusätzlicher personeller Ressourcen.

Die im Rahmen der Drucksache 27/2007 veröffentlichten Zahlen der Verteilung der Schullaufbahnpfehlungen an den Ronnenberger Grundschulen zeigt vor allem an der THS-Schule erhöhten Handlungsbedarf. Inzwischen hat auch die Elternschaft der THS die Kommune um Unterstützung gebeten.

Es besteht Konsens, dass Bildung nicht erst in der Schule, sondern bereits sehr viel früher beginnt. Mittels der Kindertageseinrichtungen kann die Kommune die Entwicklung der Kinder positiv beeinflussen. Das Brückenjahr als Übergangsjahr zur Grundschule hat hierbei einen besonderen Stellenwert. Hier werden von der Landesregierung im Rahmen des Modellprojektes zusätzliche finanzielle Ressourcen bereitgestellt. Auf diese Weise wäre

ein Baustein gefunden, die oben dargestellte Situation an der THS zu verändern. »Darüber hinaus sehen wir in diesem Modellprojekt die große Chance, Eltern verstärkter als bislang mit in diesen Prozess einzubinden«, so Andreas Beichler.

Dieses Modellprojekt kann aber nur ein erster Schritt sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung von Geburt an. Dazu gehört natürlich auch die Entwicklung der Erzieherinnen-Ausbildung hin zum Hochschulstudium mit entsprechenden Abschlüssen. Dass dies eine Kommune nicht allein bewältigen und finanzieren kann, dürfte auf der Hand liegen. Aber jeder hier investierte Euro, kommt später als erhöhtes Brutto-Sozialprodukt zurück – dies ist jedenfalls auch ein Ergebnis der aktuellen PISA-Studie.

Andreas Beichler, Mitglied im Sozialausschuss im Rat der Stadt Ronnenberg

Grüne werben für den Bezug von Strom bei »Grün-Strom e. V.«

Die Grünen in Ronnenberg werben für den Bezug von Öko-Strom bei Grün-Strom e.V., der zur Zeit ca. 1150 Haushalte vertritt. Das Ziel des Vereins ist es, Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und dadurch den Klimaschutz voran zu bringen. Zur Verwirklichung des Vereinsziels hat Grün-Strom e.V. mit dem besten Anbieter verhandelt und kann in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Hannover AG und der Naturstrom AG den Abschluss von Bezugsverträgen für das Produkt Naturstrom anbieten.

Bei diesem Produkt wird der Strom zu 100% aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse erzeugt. Durch die Bündelung der Nachfrage erhalten die Grün-Strom-Kunden einen Preisnachlass von 1 Ct/kWh, so dass der »saubere« Strom auch für Menschen mit einem durch-

schnittlichen Einkommen erschwinglich bleibt. Der Strommix aus regenerativen Energiequellen setzt sich zusammen aus 45% Wasserkraft, 41% Windkraft, 17% Biomasse/-Gas und 2% Photovoltaik. Bisher konnten durch die Bezieher von enercity Strom + Natur 100 bereits 23 regenerative Anlagen in der Region Hannover realisiert werden.

Hier einige gute Gründe, Grün-Strom-Kunde zu werden – ihr Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz:

- Stromerzeugung ausschließlich aus Wasser, Wind, Sonne und Biogas
- Ihre Nachfrage fördert den Bau von Neuanlagen, zusätzlich zum EEG*
- Qualität und Liefersicherheit garantiert durch die Stadtwerke Hannover AG und die Naturstrom AG
- Jährliche Qualitätsprüfung: Unabhän-

gig zertifiziert vom Grüner Strom Label e. V. »Kategorie Gold«

- Kostendeckende Vergütung: Ihre Nachfrage schließt die Finanzierungslücke zwischen EEG* und Herstellungskosten bei Neuanlagen, die sonst nicht gebaut werden könnten.

*Erneuerbaren-Energie-Gesetz

Falls wir Ihr Interesse geweckt haben, hier der direkte Kontakt zu Grün-Strom e.V.:

Grün-Strom e. V.
Hausmannstr. 9–10
30159 Hannover
Tel. 0511 1640329
Fax 0511 1640391
E-Mail: info@gruen-strom.de



Warum die Verlängerung der Berliner Straße nicht kommt

Die Berliner Straße sollte nach dem Willen der Ronnenberger SPDCDUFDP südlich der Hirtenstraße bis zum Bahnübergang verlängert werden. Eigentlich eine seit Jahrzehnten geplante Maßnahme, die mangels Finanzen immer wieder aufgeschoben wurde. Ursprünglich sollte der Bahnübergang untertunnelt werden, was nun wirklich unfinanzierbar ist. Die mögliche Trasse ist bis jetzt von Bebauung freigehalten.

Aktuell wurde das Projekt nun, weil ein Grundstückseigentümer endlich die Fläche verkaufen oder bebauen wollte und, wie wir vermuten, SPD und CDU den Neubau in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben. Nur so ist zu erklären, dass die Empelder SPD ihre ablehnende Haltung aufgegeben hat.

Was würde die neue Straße bedeuten: Sie würde zweifellos die Verkehrsführung attraktiver und schneller machen und die Bewohner der Ronnenberger Straße auf der Westseite deutlich von Verkehrslärm und Abgasen entlasten. Andere Entla-

stungswirkungen wie z. B. auf die Breite Straße wären eher gering.

Diesen wenigen positiven Wirkungen stünden erhebliche negative Nebenwirkungen entgegen. Die neue Straße würde die Anwohner auf der Ostseite der Ronnenberger Straße nun von hinten statt von vorne verlärmern. Zusätzlich hätten die Anwohner östlich der Bahnlinie viel vom Straßenlärm. Hier bildete sich spontan nach bekannt werden der Pläne eine Bürgerinitiative gegen die Autotrasse.

Die neue Straße schafft auch eine attraktive Spange zwischen B 217 und B 65/B 441. Mit einer neuen Anbindung des Wohngebietes Alter Garten an die B 217 oder gar der von der CDU und Teilen der SPD geforderten Nordtangente ergeben sich zusätzliche Möglichkeiten für einen entsprechenden Schleichverkehr durch Ronnenberg, Empelde und Baden und Davenstedt. Statt einer Entlastung kommt es zu einer Belastung der betroffenen Anwohner in den o. g. Ortsteilen.

Darüber hinaus setzen sich die Grünen u. a. aus Gründen des Klimaschutzes für

mehr öffentliche Verkehrsmittel statt Autoverkehr (»Öffis statt Töffis«) ein. Mit den mehr als 2 Mio Euro Baukosten (die Lärmschutzmaßnahmen wurden ärgerlicherweise »vergessen«) könnte viel für den Nahverkehr getan werden: Der Ausbau der S-Bahnhalte Empelde und Linderte ist überfällig; eine neue Umsteigeanlage zwischen Stadtbahn und S-Bahn in Waldhausen könnte dem Schienenverkehr etliche neue Fahrgäste bringen. Sie ist aber finanziell bisher nicht gesichert. Auch die erforderlichen Halte der Hamelner S-Bahn in Empelde und Ronnenberg kosten Geld und wären wichtiger als diese neue Straße mit ihren »Nebenwirkungen« parallel zu einer attraktiven S-Bahnverbindung.

SPD und Grüne haben den Antrag der CDU in der Region Hannover in der letzten Regionsversammlung abgelehnt. Ohne die Finanzierung ist das Projekt bis auf weiteres vom Tisch.

Ulrich Schmorsow; Mitglied im Verkehrsausschuss der Region Hannover und Aufsichtsrat RegioBus

Nahverkehr ausbauen statt abbauen



Rund 170 Millionen Euro weniger fließen bis zum Jahr 2010 in den öffentlichen niedersächsischen Nahverkehr. Der Grund: Die Länder haben im letzten Jahr in einem Kompromiss mit dem Bund die Kürzung der so genannten Regionalisierungsmittel gegen erheblich höhere Mehrwertsteuereinnahmen eingetauscht. Sie haben damit vom Bund ausdrücklich die Möglichkeit erhalten, die Kürzung der Regionalisierungsmittel aufzufangen und den Nahverkehr zu verbessern und attraktiver zu gestalten. Die Kürzungen gibt Niedersachsen zu großen Teilen an die

Besteller von Nahverkehrsleistungen wie die Region Hannover weiter, die Mehreinnahmen von ca. 600 Millionen Euro pro Jahr nicht. Für die Region Hannover bedeutet dies bis 2010 gut 25 Millionen Euro weniger Landesmittel für den Nahverkehr, Gelder die im Regionshaushalt fehlen und das Defizit erhöhen.

Durch einen von den Grünen initiierten rotgrünen Antrag hat die Regionsversammlung in diesem Frühjahr mehrheitlich beschlossen, das Defizit aus dem Regionshaushalt zu begleichen. Damit konnten vorgesehene Streichungen bei der Bahn und bei RegioBus erst einmal abgewendet werden. Für Ronnenberg war die Streichung von ungefähr der Hälfte der Touren der Linie 510 vorgesehen. CDU und FDP waren bei den Diskussionen

im Verkehrsausschuss für Angebotseinschränkungen.

Im Ortsrat, im Rat, in der Region und im Land setzen wir uns für einen attraktiven und besseren Nahverkehr im Land ein. Die Auswirkungen würden bei der Haltestelle vor der Tür beginnen und bei der Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Schienenstrecken im Land (wie in Rheinland/Pfalz) enden. Unsinnige neue Autobahnen durch die Heide und entlang der Küste lehnen wir ab.

Ulrich Schmorsow, Verkehrsausschuss der Region, Aufsichtsrat RegioBus



LandschaftsKunstpfad am Benthler Berg

Die Bewohner der Region Hannover schätzen und lieben die grüne Vielfalt ihrer Heimat: Wälder, Gärten und Parks bieten naturnahen Lebensraum. Mit dem Projekt Gartenregion 2009 will die Region den Bekanntheitsgrad dieser Grünanlagen nachhaltig steigern. Zahlreiche öffentliche und private Parks und Gärten präsentieren sich und werden zum Schauplatz kultureller Darbietungen.

Damit die Anlagen bis 2009 herausgeputzt werden können, unterstützt die Region Hannover Investitionen mit insgesamt zwei Millionen Euro. Ein kleiner Teil dieses Betrages fließt in das Projekt der Stadt Ronnenberg »LandschaftsKunst-Pfad«.

Mit diesem Projekt möchte die Stadt Ronnenberg den Landschaftsraum am Benthler Berg durch verschiedene Projekte aufwerten und präsentieren. Einiges ist schon umgesetzt, Vieles konkret oder noch ganz vage geplant.

Besonders die Rekultivierung und Umgestaltung der Empelder Kalirückstandshalde ist ein Kern dieses Projektes. Entstehen doch neue, attraktive Angebote für Naherholung und Freizeit. Der Eigentümer plant, nach Beendigung der Deponienutzung die Halde als Naherholungsprojekt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Die Badebornteiche



Fuss-Radweg am noröstlichen Benthler Berg

Zur Aufwertung der Erlebbarkeit und der Naherholungsqualität wird für das Jahr 2009 die Ausgestaltung eines künstlerisch gestalteten Rundweges »LandschaftsKunstPfad« zwischen Benthler Berg und begrünter Kalihalde vorgesehen. In Kooperation unter anderem mit den lokalen Künstlerinnen und Künstlern vom Benthler Kunstraum können Kunstobjekte mit Bezug zur Natur entlang dem Pfad platziert werden.

Als Stationen für Kunstobjekte sind vorgesehen:

1. die begrünte Kalihalde
2. der Eschteich
3. naturnahe Kompensationsflächen
4. die ehemaligen Fischteiche
5. die ehemalige Ausgrabungsstätte am Waldrand
6. die Badebornteiche
7. der nördliche Waldrand gegenüber der Kalihalde und der Fischteiche

Station begrünte Kalihalde

Auf der begrünten Kalihalde wird ein Rundwanderweg mit verschiedenen Stationen ausgebaut. Beim Aufstieg werden an topografisch markanten Stellen einzelne Landmarken mit Höhenangabe und Bezug auf bedeutsame Objekte in der Region mit gleicher Höhenlage gesetzt, die Landmarken werden abends solar beleuchtet. Auf der begrünten Kalihalde finden verschiedenste Open-Air-Kulturveranstaltungen statt.

Station Eschteich

Der Eschteich ist der letzte noch sichtbare historische Erdfall, der durch Auslaugung des Salzstocks entstanden ist. Er wurde im 17. Jahrhundert als Rotttekuhle für die Flachsgewinnung genutzt. Aufgrund seiner kulturhistorischen Besonderheit und als Lebensraum für gefährdete Tiere (Laubfrosch) und Pflanzen wurde er als Naturdenkmal ausgewiesen. Vor wenigen Wochen ist die Entschlammung zur Verbesserung der ökologischen Qualität abgeschlossen worden. Auf Tafeln soll den Besuchern die historische Nutzung vermittelt werden.

Station naturnahe Kompensationsflächen

Die zum Ausgleich von neuen Bauflächen zur Umwandlung in extensives Grünland vorgesehenen Ackerflächen (Kompensationsflächen) nördlich des

Eschteichs eignen sich zur Aufstellung von ungewöhnlichen Sitzmöbeln und Kunstobjekten. Der Wandel der Kulturlandschaft kann hier veranschaulicht werden.

Station ehemalige Fischteiche

An der Wegbiegung liegen ehemalige Fischteiche. Die Anlage im privaten Besitz ist eingezäunt, bietet daher nur von Ferne interessante Einblicke auf eine mit Röhricht bewachsende Teichlandschaft. Eine Wegeverbindung von Badenstedt führt zu den Fischteichen, der Wegschluss zum Benthler Berg fehlt und soll ausgebaut werden.

Station Ausgrabungsstätte am Waldrand

Auf der Ackerfläche am Waldrand könnte die ehemalige Ausgrabungsstätte wieder geöffnet werden. Unter fachkundlicher Anleitung könnten Laien die Spuren unserer Vorfahren erkunden und gegebenenfalls Teile der über 2.000 Jahre alten, germanischen Siedlung nachbauen.

Station Badebornteiche

Die Badebornteiche, ehemals als Fischteiche genutzt, liegen am Badenstedter Reit- und Voltgeierverein. Die Teiche werden von der Badebornquelle gespeist, die kürzlich naturnah umgestaltete Bade mündet in die Fösse. Im Jahre 2004 wurde die gesamte Anlage von der Landeshauptstadt renaturiert. Mittlerweile hat sich ein malerisches Feuchtbiotop mit spezieller Flora und Fauna (seltene Vögel und Amphibien) entwickelt. Um das Biotop vor Störung zu schützen, ist es eingezäunt und schwer einsehbar. In den bestehenden Zaun wurden vor wenigen Wochen an zwei Stellen Fenster eingearbeitet, um den Besuchern großartige Einblicke in ein besonderes naturnahes Stillgewässer zu bieten.

Station Waldrand

Als Pendant zu Skulpturen auf der Kalihalde könnte hier ein überdimensionaler Bilderrahmen zum Betrachten der Objekte auf den »LandschaftsKunstPfad« und auf der Kalihalde installiert werden. Ungewöhnliche Sitzmöbel bieten Platz zum Verweilen mit Blick auf die »Bilder einer Landschaft«. Von hier aus könnte der Naturlernpfad im Benthler Berg angebunden werden.

Ulrich Schmersow, umweltpolitischer Sprecher der grünen Regionsfraktion



Schule auf dem Weg – aber wohin?

Die von der Landesregierung immer wieder abgelehnte Diskussion um die Schulstruktur ist auch in Niedersachsen voll entbrannt. Wie in anderen Bundesländern wird schon in nächster Zeit die Ergänzung und stellenweise Ablösung des dreigliedrigen Schulsystems durch neue Strukturen erfolgen. Und wenn der Ministerpräsident immer noch glaubt, dass auch bei Einrichtung von Gesamtschulen das »Regelschulsystem« überall noch leistungsfähig vorhanden sein muss, verkennt er die Realität. Es gibt in Niedersachsen seit Jahrzehnten Standorte von Gesamtschulen, deren Schulträger von der Pflicht befreit sind, andere Schulformen vorzuhalten. Und er übersieht das Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 1996, wonach es »mit der niedersächsischen Verfassung vereinbar ist, dass neben der IGS der Bestand des gegliederten Schulsystems nicht garantiert ist«. Die Strukturdebatte ist daher keineswegs entschieden und – wie das Beispiel aus anderen Bundesländern zeigt – nicht zu Gunsten des dreigliedrigen Systems.

Eine solche Debatte wäre nicht entstanden, wenn die Landesregierung nicht so rigoros und ausschließlich das dreigliedrige Schulsystem gefördert und die Ein-

richtung neuer Gesamtschulen per Gesetz (!) verboten hätte, auch wenn Eltern diese Schule hundertfach wünschten.

Im Vordergrund allen Bemühens um eine gute Schule, die allen Schülerinnen und Schülern gleiche Bildungschancen garantiert, stehen zweifellos die Qualität des Unterrichts, das Fördern und Fordern. Auch unter diesem Aspekt hält die Gesamtschule Vergleichen mit anderen Schulformen stand. Unter den zehn besten Schulen Deutschlands, die nach umfassenden Kriterien für den Deutschen Schulpreis qualifiziert sind, befinden sich aus Niedersachsen zwei Gesamtschulen und eine Grundschule, also Schulen ohne Vor-Auslese. Eine gute Schule erkennt man zwar nicht an der Fülle bloß abfragbaren Wissens. Doch auch hierbei werden gesamtschulähnliche Schulsysteme wie etwa die Finnlands besser beurteilt als das in Europa kaum noch vorhandene dreigliedrige Schulsystem in Deutschland. Bildung ist jedoch mehr, sie umfasst den ganzen Menschen. Eine Schule, die das nicht leistet, »legt Lehrer, Schüler und Eltern auf falsche Vorstellungen von Bildung, Leistung und Gerechtigkeit fest« (Hartmut von Hentig). Auch unter dem Gesichtspunkt »Qualität« spricht also

alles für eine Schule für alle Kinder, eine Schule ohne verfrühte Auslese, die oft sozial bedingt ist, eine Schule, die alle Kinder fördert und fordert und niemanden zurücklässt. Dass der Ministerpräsident die Gesamtschule als »Stachel im Fleisch des dreigliedrigen Schulsystems« (Dr. Remmers in den siebziger Jahren) sieht, lässt erkennen, dass auch er in der Gesamtschule eine Schule mit besonderer Qualität sieht.

Es wird auch in Niedersachsen Zeit für eine Umkehr von der starren Festlegung auf das dreigliedrige Schulsystem zu der Gesamtschule als Schule für alle, und das nicht aus ideologischen, sondern aus ganz nüchternen und sachlichen Gründen und aus der Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler. Jede andere Lösung wie etwa das »Zwei-Säulen-Modell«, das Hauptschulen und Realschulen verbindet und das Gymnasium an der Spitze des hierarchischen Systems ungeschoren lässt, ist ein falscher Weg, weil er den fatalen Fehler dieses Schulsystems, die verfrühte Auslese und Sortierung der Schülerinnen und Schüler, nicht beseitigt, sondern noch verschärfen würde.

Quo vadis, Niedersachsen?

Herbert Kastner, Hildesheim

Die Grünen Ronnenberg unterstützen Weiterentwicklung der Jugendarbeit

Eine Arbeitsgruppe des Präventionsrates hatte sich mit dem Thema »Jugendplätze« befasst und auf Vorschlag der Stadtverwaltung ein Konzept entworfen. Dies wurde bei der letzten Sitzung des Präventionsrates am 16. Oktober 2007 vorgestellt. Es gab einhellig positive Reaktionen. Die Jugendpflege war aufgefordert, dem Konzept noch einen kurzen Erfahrungsbericht aus Laatzen (dort gibt es seit mehreren Jahren Jugendplätze) anzufügen. Dies sollte dann als Informationsdrucksache an die Ratsmitglieder gehen. Leider gibt es bis heute – zwei Monate später – noch keine entsprechende Drucksache. Im Folgenden der Konzeptentwurf in voller Länge:

Ausgangssituation:

Wie in vielen Städten auch treffen sich in unserer Stadt Jugendliche häufig, regelmäßig an bestimmten öffentlichen Plätzen, verbringen dort einen Teil ihrer Zeit.

Sowohl durch »jugendtypisches« wie auch grenzüberschreitendes Verhalten (Anpöbeln, Bedrohen, Sachbeschädigungen) kommt es wiederholt zu Konflikten mit Passanten und Anwohnern.

Vor allem ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich in ihrem Sicherheitsempfinden – zumindest – beeinträchtigt. Dokumentiert ist dies detailliert in dem Bericht »Bürgerbefragung des

Weiter auf der nächsten Seite!



Präventionsrates zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung«

Es existieren verschiedene Angebote und Hilfen (Jugendzentrum, Ferienpass, Abendsport, Jugendhilfemaßnahmen, Schulverweigererprojekt, Vereine etc.) für junge Menschen. Erforderlich wäre ein zusätzliches Angebot für junge Menschen, welche durch die oben genannten Angebote kaum oder nicht zu erreichen sind.

Zielgruppe:

Jugendliche und junge Erwachsene, die sich häufig/regelmäßig an bestimmten öffentlichen Plätzen treffen und dort längere Zeit verweilen.

In der Regel handelt es sich um junge Mitbürger, die

- Angeboten von Vereinen und/oder der Jugendpflege skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen.
- Eine geringe soziale und emotionale Anbindung an ihren familiären Kontext haben.
- Außerhalb ihrer peer-group über wenig Anbindung innerhalb des Gemeinwesens verfügen.
- Über wenig Kompetenzen verfügen, ihre Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse in sozial angemessener Form zu artikulieren und in aktives Handeln umzusetzen.
- Die im schulischen Kontext wenig Erfolgserlebnisse vorweisen können oder auf dem Arbeitsmarkt nicht eingebunden sind/beruflich keine Perspektiven sehen.

Durch die Einrichtung so genannter Jugendplätze soll diesen jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Raum geschaffen werden, wo sie sich (wie bisher auch) treffen können.

Solche Plätze sollten in den größeren Stadtteilen eingerichtet werden, z.B. in Ronnenberg »An der langen Reihe« und Empelde »Auf dem Hagen«.

In die Gestaltung der Jugendplätze sollten die zukünftigen Nutzer möglichst mit eingebunden werden. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit einer größeren Identifikation damit und in der Folge eine Reduzierung von Beschädigungen und/oder Verunreinigungen.

Jugendplätze für Ronnenberg

- Konzeptentwurf -

Die gestalterischen Grundanforderungen an diese Plätze sehen wie folgt aus:



S-Bahn Haltepunkt Empelde »Auf dem Hagen«: Jugendtreffpunkte einfach abzuräumen, wie hier am ehemaligen Fahrradständer löst, kein einziges Problem. Es schafft nur Neue.

- eine einfache, stabile Sitzgelegenheit
- Überdachung (Regenschutz)
- Abfalleimer

Alle verwendeten Materialien und Gegenstände sollten möglichst bruchsicher, schwer entflammbar und weitgehend demontagefest sein.

Weitere Gestaltungsdetails sollten mit den Nutzern besprochen und – soweit möglich – auch ausgeführt werden.

Parallel dazu ist denkbar, z.B. an der Marie-Curie-Schule einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung solcher Plätze zu veranstalten.

Es sollte versucht werden, die baulichen Maßnahmen durch Spenden von sozial engagierten Ronnenberger Firmen ausführen zu lassen.

Dieses Konzept versteht sich als strukturell – methodisches Grundgerüst.

Der Prozessverlauf der Maßnahme sollte so gestaltet sein, dass durch einen rekursiven Austausch zwischen Fachkräften, Benutzern, Anwohnern, Stadt und evt. weiteren Beteiligten eine Entwicklung gewährleistet wird, die zu einem positiven Gelingen des Projektes führt.

Die Umsetzung des Projektes erfordert eine kompetente, sozialpädagogische Begleitung.

Bei 2 bis 3 Jugendplätzen erscheint der Einsatz von 2 Fachkräften mit insgesamt ca. 20 Wochenstunden für sinnvoll. Durch die Aufteilung auf 2 Personen können urlaubs- und krankheitsbedingte Vakanzen weitestgehend vermieden werden; im Prozessverlauf ist so eine hohe Kontinuität zu gewährleisten.

Weiterhin hängt das Gelingen des Projektes in erheblichem Maße davon ab, ob für die Fachkräfte Beratung, Supervision und Einbindung in ein multiprofessionelles Team gewährleistet sind. Die

fachliche Umsetzung auf einem hohen fachlichen Niveau kann vermutlich durch einen kompetenten Träger von Jugendhilfemaßnahmen am besten gewährleistet werden. Das Risiko personeller Folgekosten bei evt. Beendigung des Projektes wird dadurch ausgeschlossen.

Eine Befristung der Maßnahme auf ca. 1 Jahr erscheint ratsam. Durch eine begleitende Evaluation sollte der Erfolg der Maßnahme offen gelegt werden, um sie zeitnah weiter zu entwickeln oder evt. zu beenden.

Für die Finanzierung sollte eine Kooperation zwischen Stadt und Region angestrebt werden. Projektzuschüsse durch das Land Niedersachsen, die Europäische Union, die Kreissiedlungsgesellschaft (die für die Verbesserung des Wohnumfeldes Empelde-Süd lt. Zeitung ca. 11 Mio. Euro investieren will) und weitere private Sponsoren wären durch die Stadt Ronnenberg anzufragen.

Fachliche Grundprinzipien der Arbeit

Da sich diese jungen Menschen häufig auf öffentlichen Plätzen aufhalten, ist es erforderlich, sie dort auch abzuholen. Professionelle Kontaktaufnahme mit diesen jungen Menschen bedeutet in einem ersten Schritt

- ihnen vorurteilsfrei zu begegnen,
- Interesse und Wertschätzung an ihrem Menschsein entgegenzubringen,
- ihre Freizeitgestaltung, Umgangsformen innerhalb der peer-group, ihre Wertorientierungen etc. zu respektieren,
- ihre Wünsche und Vorstellungen zu erfragen, unbewertet anzuerkennen.

In einem 2. Schritt bedeutet diese Arbeit, die gelungene Kontaktaufnahme zu nutzen.

Form und Inhalt bestimmt sich daraus, die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern dergestalt Ernst zu nehmen,

- sie zu informieren, zu animieren und zu begleiten bei dem, was sie an positiven/sozial angemessenen Zielen und Wünschen formulieren (das kann die Organisation eines Grillnachmittags ebenso sein wie die Begleitung zum Schulgespräch oder Job-Center).

Ziel ist stets, die jungen Menschen in unser Gemeinwesen zu integrieren, sie zu unterstützen, sich einen anerkannten und respektierten Platz in unserer Stadt zu erarbeiten.

Charly Schatz-Wanek